

1262/J

der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Flughafen Salzburg; Verkauf von Teilen der Schwarzenbergkaserne

Mit Beschuß des Nationalrates (BGBI. 382/96) wurde die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen beschlossen. Unter anderem betrifft dies Teile der Schwarzenbergkaserne im Bundesland Salzburg. Die größte Veräußerung soll an die „Landinvest“ erfolgen, wobei der 120m-Schutzstreifen für die Präzisionsanflugbefeuierung von Sachverständigen im Kaufvertragsentwurf mit S 230,-- je m² bewertet wurde. Die „Landinvest“ beabsichtigt nun, diesen Streifen um 365,-- je m² an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. zu verkaufen. Es handelt sich um 36.110 m². Diesen erwirbt die „Landinvest“ um rund 8,3 Millionen Schilling vom Bund. Die „Landinvest“ will nun nm rund 13,2 Millionen Schilling den Schutzstreifen an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. verkaufen.

1994 gab es von Seiten des Wirtschaftsministeriums eine Zusage an die Flughafenbetriebsges.m.b.H., daß auf die Interessen der Zivilluftfahrt durch entsprechende Dienstbarkeitsräumung Bedacht genommen wird. Die Grundstücke Nr. 434/114 und Nr. 434/115, beide inneliegend in EZ 204, Grundbuch 56542 Siezenheim 1, sollen zum Preis von rund 12 Millionen Schilling an einen Privaten veräußert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Warum ist der Bund nicht bereit, das für den Flughafen notwendige Grundstück, trotz Kaufinteresses, direkt an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. zu veräußern?
2. Mit welcher Begründung werden die Grundstücke Nr. 434/114 und Nr. 434/115 an einen Privaten veräußert und der 120 m-Schutzstreifen an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. nicht?
3. Wie läßt sich die Veräußerung in „Bausch und Bogen“ an die Landinvest mit der Treuepflicht des Gesellschafters (Bund ist mit 50 % an Flughafenbetriebsges.m.b.H. beteiligt) vereinbaren?
4. Ist Ihnen bekannt, daß bei einer Verletzung der Treuepflicht des Gesellschafters die Flughafenbetriebsges.m.b.H. eine Klage gegen den Bund einbringen wird?
5. Wie lautet die Erklärung an die Arbeitnehmer, bei denen unentwegt gespart wird, daß durch die Nichtveräußerung an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. dieser Mehrkosten von rund 5 Millionen Schilling entstehen?
6. Gibt es noch eine Möglichkeit bzw. sind Sie bereit den 120 m-Schutzstreifen - zur Abwendung des drohenden Rechtsstreits - direkt an die Flughafenbetriebsges.m.b.H. um 230 Schilling je m² zu veräußern?